

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Abg. Christian Zwanziger

Staatsministerin Ulrike Scharf

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler u. a. und Fraktion (SPD)
Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule sichern
(Drs. 19/2656)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr das Wort.

(Klatschen bei der AfD)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Ministerin Scharf! Ich muss hier mal noch meinen Pulli ablegen.

(Zuruf von der AfD: Nicht ausziehen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich möchte Sie heute dazu auffordern: Packen Sie endlich das Ganztagsdebakel in Bayern an! Wir sind hier in Bayern leider weit davon entfernt, jedem Kind, jeder Familie, die einen Ganztagsplatz braucht, einen Platz anzubieten. Sie von der Staatsregierung haben eine eigene Studie in Auftrag gegeben. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass in Bayern 95.000 bis 130.000 Ganztagsplätze fehlen – das ist eine irrsinnige Zahl, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viele Eltern hier in Bayern sind verzweifelt. Sie finden für ihre Kinder, die vielleicht im Herbst eingeschult werden, keinen Ganztagsplatz, weder in der Ganztagschule noch in der Mittagsbetreuung noch im Hort. Ein Kind, das vielleicht bisher den ganzen Tag in der Kita war, betreut wurde, steht jetzt um zwölf hungrig vor der Tür. Was ist die Folge, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Ein Elternteil, meistens die Mutter, muss beruflich zurückstehen. Diese Mutter fehlt aber als Fachkraft im Krankenhaus, in der Pflege, in der Kita oder in der Wirtschaft. Das kann doch nicht Realität in Bayern sein.

Was ist eine weitere Folge? – Kinder, die dringend ganztägige Förderung brauchen, die vielleicht Hilfe bei den Hausaufgaben brauchen, erhalten diese nicht, sondern lun-

gern irgendwo herum. Guter Ganzttag ist das beste Heilmittel gegen bestehende Lerndefizite, gegen Sprachdefizite bei Kindern mit Migrationshintergrund. Guter Ganzttag bietet allen Kindern eine Vielfalt von Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten. Deswegen hat die Bundesregierung 2019, damals bestehend aus SPD und CDU/CSU, bundesweit den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz beschlossen. Die Umsetzung soll jetzt im Jahre 2026/2027 beginnen.

In Bayern mehren sich jetzt die Stimmen, die bezweifeln, dass Sie es schaffen, diesen Rechtsanspruch umzusetzen. Viel zu lange hat es die Regierung einfach laufen lassen. Insgesamt hat die Staatsregierung viel zu wenig getan, damit das Ziel erreicht werden kann. Sie lässt die Kommunen bei dieser Aufgabe völlig allein. Die Kommunen wiederum sind überfordert. Gerade einmal 19 %, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bundesmittel, die für die Investitionen zur Verfügung standen, wurden hier in Bayern abgerufen – 19 %! In Baden-Württemberg waren es 98 %. Das ist doch ein echtes Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die benötigten baulichen Veränderungen sind größtenteils noch nicht einmal in Planung. Wie sollen wir es da schaffen, den Rechtsanspruch umzusetzen?

In Bayern gibt es fünf verschiedene Ganztagsangebote. Gemeinsam haben diese Angebote, dass alle dramatisch staatlich unterfinanziert sind. Viele Träger haben uns angeschrieben und sagen uns immer wieder, dass sie ihr Angebot einstellen müssen, wenn die Finanzierung nicht viel besser wird. – Sie schütteln jetzt den Kopf, Frau Ministerin – schön, dass jetzt auch Frau Stolz da ist. Natürlich weiß ich, dass es jetzt Verbesserungen gibt. Aber ich frage mich, ob diese Verbesserungen ausreichen, den Ganzttag wirklich gut hinzubekommen.

Die Situation ist besonders dramatisch. Ich war in der vergangenen Woche in der Gretel-Bergmann-Schule in Nürnberg und habe mir angesehen, wie guter Ganzttag funktionieren kann. Das Modellprojekt heißt "Kooperative Ganztagsbildung". Dieses eine Modellprojekt "Kooperative Ganztagsbildung", das in Bayern wirklich auskömmlich finanziert war, wird jetzt eingestellt. Es kann doch wirklich nicht die Lösung sein, dass

wir jetzt das einstellen, was gut läuft. Ich bitte Sie wirklich: Steuern Sie da um, sehr geehrte Ministerin; retten Sie den Ganzttag hier in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern eine auskömmliche Finanzierung des Ganztagsausbaus, hohe Qualitätsstandards, die Unterstützung der Kommunen, die Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben, und wir fordern, dass die "Kooperative Ganztagsbildung" weitergeführt und ausgebaut wird. Dann kann es hier in Bayern auch mit dem Ganzttag etwas werden.

Das sind unsere Forderungen. Sie werden sicherlich dazu Stellung nehmen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Björn Jungbauer.

Björn Jungbauer (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Ich danke der SPD-Fraktion, dass sie uns heute die Gelegenheit gibt, die Fortschritte beim Ganztagsausbau an dieser Stelle ausführlich thematisieren zu können. Ich stimme zu hundert Prozent mit der Überschrift Ihres Dringlichkeitsantrags überein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich zu sichern ist. Ich stimme aber nicht mit Ihnen überein, Frau Dr. Strohmayer, dass es ein Debakel ist.

Knapp neuneinhalb Jahre durfte ich als Schulverbandsvorsitzender eine Mittagsbetreuung ausbauen und eine interkommunale Ferienbetreuung aufbauen. Ich freue mich, mit meiner Erfahrung und Kompetenz zu diesem Thema sprechen zu können.

Der Antrag und Ihre Aussagen suggerieren eine Situation, die mit einem bayernweiten Blick eben nicht den Tatsachen entspricht. Sicherlich haben wir örtlich die Situation, vermutlich vor allem in den Ballungs- und Verdichtungsräumen, dass Eltern keine adä-

quaten Betreuungsmöglichkeiten finden. Aber kein Kind steht hungrig vor der Türe, und falls ja, dann haben die Eltern wohl keine Brotzeit mitgegeben.

(Beifall bei der CSU)

Ziel aller Beteiligten ist, dass es hierzu eben nicht kommt.

Insgesamt halten die Kommunen in Bayern schon heute ein flächendeckendes Netz an Ganztagsbetreuung vor. Ich erspare es uns an dieser Stelle, auf die Bedeutsamkeit der Vorhaltung von Betreuungsplätzen und auf den Wert für die Kinder, die Eltern, aber vor allem auch die Wirtschaft und Gesellschaft hinzuweisen.

Worum geht es also? – Aktuell liegt die Betreuungsquote für Kinder im Grundschulbereich von Aschaffenburg bis zur Zugspitze verteilt bei 58 %. Schon heute halten die Kommunen Plätze für rund 300.000 Kinder vor. Der Koalitionsvertrag sieht vor, weitere 130.000 Plätze zu schaffen, um allen ein Angebot machen zu können.

Der Rechtsanspruch auf Ganztags beginnt im August 2026 mit der 1. Klasse und wird danach bis August 2029 auch bis zur 4. Klasse voll zur Ausprägung kommen. Frau Dr. Strohmayer, ich hoffe, Sie folgen mir. Gleichzeitig ist eine Ferienbetreuung aufzubauen, welche 10 von 14 Ferienwochen im Jahr abzudecken hat. Dies ist ein Kraftakt in vielerlei Hinsicht: baulich, personell und strukturell. Er kann nur gelingen, wenn wir alle an einem Strang ziehen.

Ich habe mir ehrlich die Frage gestellt, warum, wie von Ihnen dargelegt, im Jahr 2022 aus Bayern nur 19,77 % der Mittel aus den Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung abgerufen wurden. Mir war sofort klar, warum: In Bayern gab es zum Stichtag 1. Januar 2021 rund 260.000 Betreuungsplätze für Kinder im Grundschulalter. Schon zu diesem Zeitpunkt gab es für jedes zweite Kind im Freistaat einen qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Das glauben Sie selber nicht!)

In Baden-Württemberg waren es zum gleichen Zeitpunkt nur 155.000 Plätze. Der Schluss liegt also nahe, dass Kommunen aus Baden-Württemberg Fördermittel stärker abgerufen haben, weil diese einen höheren Druck hatten als Kommunen in Bayern. Das sind Fakten, Frau Dr. Strohmayer; das ist auch entsprechend nachzulesen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Bei der Bekanntmachung der Förderrichtlinie im Jahr 2021 haben wir uns vor Ort gefragt, was zu tun ist, um den im Raum stehenden Anspruch auf einen Ganztagsplatz sicherzustellen.

Festzuhalten ist, dass der Rechtsanspruch für einen Ganztagsplatz im Grundschulalter nicht, wie von Ihnen, Frau Dr. Strohmayer, in den Raum gestellt, 2019, sondern erst im Herbst 2021 beschlossen wurde. Erst ab diesem Zeitpunkt war für die Kommune auch klar, was genau zu tun ist.

Gerade vor diesem Hintergrund überrascht es noch mehr, dass Sie nun indirekt auch den Kommunen den Vorwurf machen, keine zusätzlichen Plätze geschaffen zu haben. Als Schulverbandsvorsitzender wusste ich im Frühjahr 2021 eben nicht, was unsere rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich des Ganztags sind. Wir haben uns daher ganz bewusst entschieden, eben keinen Antrag auf Förderung zu stellen, da die Rahmenbedingungen unklar waren. Wir konnten allen Kindern einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen; also erfolgte eben kein Ausbau auf Halde. Ich gehe davon aus, dass es vielen anderen Verantwortungsträgern genauso ging.

Die Überforderung lag also nicht bei den Kommunen, sondern in der Sache offenbar an einer anderen Stelle. Doch befassen wir uns nicht mit der Rückschau, sondern schauen wir in die Zukunft.

An dieser Stelle möchte ich unserer Sozialministerin Ulrike Scharf und unserer Kultusministerin Anna Stolz sehr herzlich dafür danken, dass es bei dieser Thematik einen Schulterschluss zwischen beiden Ministerien gibt. Beide Ressorts tragen jeweils in

ihren Teilbereichen die Verantwortung für den Ausbau der Ganztagsbetreuung. Die beiden Ministerinnen haben diese Woche mit einer gemeinsamen Erklärung Eckpunkte zum Ausbau vorgestellt und dargelegt. Der Freistaat erkennt die Gegebenheiten an und verbessert daher nochmals die Unterstützung der kommunalen Aufgabenträger. Davon geht ein klares Zeichen aus, dass der Kraftakt des Ausbaus gemeinsam geschafft wird. Wenn selbst der BLLV dies in einer Pressemeldung ausdrücklich begrüßt, dann wurde offenbar viel richtig gemacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Bedarf ist da, die Förderkulisse ist vorhanden. Trotzdem läuft die Schaffung neuer Plätze teilweise noch schleppend. Die Anträge kommen neun Monate nach Start des Landesförderprogramms verhalten. Bisher konnten lediglich Förderzusagen für 10.000 zusätzliche Plätze erteilt werden. Woran liegt das? – Sicherlich nicht daran, dass die Notwendigkeit des Ausbaus auf den verschiedenen Ebenen der Politik nicht erkannt wurde. Die rechtliche Ausgangslage ist eindeutig: Die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ist eine kommunale Aufgabe. Der Freistaat Bayern als Partner der Kommunen steht ihnen hierbei gemeinsam mit dem Bund zur Seite und unterstützt bei dieser Mammutaufgabe. In der kommunalen Selbstverantwortung können die Verantwortungsträger aus dem Werkzeugkasten wählen, welche Betreuungsform das Angebot vor Ort sein soll: Mittagsbetreuung, offener oder gebundener Ganztags, Hort oder eben auch der Kooperative Ganztags.

Ein wichtiger Punkt ist dabei auch die Planungssicherheit für alle, für die Familien, die Sachaufwandsträger und die Entscheider vor Ort. Hier hat der Freistaat schon in der Vergangenheit unterstützt und Sicherheit gegeben. Ich erinnere an die Unbedenklichkeitsbescheinigungen, die frühzeitig erteilt wurden, damit der Ausbau förderunschädlich begonnen werden konnte. Ich erinnere an die Förderung FAGplus15. Dies bedeutet, dass auf den Fördersatz nach dem FAG 15 % Aufschlag beim Zuschuss geleistet wurden.

Wichtig ist auch die Fortschreibung der Kostenrichtwerte, die regelmäßig übernommen werden. Das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor. Gerade auch von unserer CSU-Fraktion wurde darauf hingearbeitet, dass es Abänderungen bei der jahrelangen Verwaltungspraxis für die Errichtung und auch Förderung von Ganztagesangeboten gibt. Es ist daher schon seit geraumer Zeit möglich, dass diese auch außerhalb der eigentlichen Schulgebäude abgehalten werden können. Das ist eine große Vereinfachung und eine Anerkennung der Lebensrealität der Verantwortlichen vor Ort.

Doch trotz all dieser Tatsachen hat der Turbo nicht gezündet. Daher haben die Bayerische Staatsregierung und die beiden Ministerinnen noch mal nachgelegt. Hier nur einige wichtige Eckpunkte dieser kraftvollen und konstruktiven Unterstützung:

Die Förderkonditionen werden mit der Einführung einer neuen Investitionskostenförderung verbessert: Für jeden zusätzlich geschaffenen Platz gibt es nun eine Ausstattungspauschale in Höhe von 1.500 Euro. Damit können Möbel, Spielgeräte oder auch Küchen finanziert werden. Dazu kommt die eigentliche Platzpauschale zur Förderung von Investitionen in Höhe von 6.000 Euro. Dies wird alles zusätzlich zum FAGplus15 gewährt.

Die Um- und Erweiterungsbauten im Hortbereich werden erleichtert. Die Bagatellgrenze wird halbiert. Gleichzeitig wird die Förderung durch das Bayerische Holzbauförderprogramm ermöglicht. Das bisher viertägige Angebot wird nun auf fünf Tage während der Schulwochen ausgeweitet. Hierfür werden im Vollausbau jährlich 100 Millionen Euro gebunden sein.

Mit einem Augenzwinkern muss ich an dieser Stelle aber natürlich auch festhalten: Ich habe mich als Schulverbandsvorsitzender schon immer gefragt, warum die regulären Schulwochen nach der bisherigen Förderung nur von Montag bis Donnerstag und nicht bis Freitag dauerten. Dies wurde offenbar vergessen und nun dankenswerterweise geheilt.

Zur Finanzierung der Betriebskosten werden die Bundesmittel in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben. Die Kommunen erhalten organisatorische Unterstützung bei der Umsetzung der Ferienbetreuung. Das ist auch gerade vor dem Hintergrund zu sehen, dass die kommunalen Spitzenverbände sich hier ein größeres Engagement des Freistaats wünschen; aber aus unterschiedlichen Gründen ist dies nicht möglich.

Wie erläutert, liefern wir. Bei 2 Millionen Euro Kosten für eine Erweiterung mit 60 Plätzen gibt es in einer Beispielsrechnung 800.000 Euro als Förderung über FAG, 120.000 Euro über FAGplus15, 360.000 Euro Pauschalförderung für jeden neuen Platz und 90.000 Euro als Ausstattungspauschale. Das sind 1,37 Millionen Euro, was annähernd einer echten Förderquote von 70 % entspricht, genau wie es der Bund mit einem kommunalen Eigenanteil von 30 % vorsieht.

Es ist daher für mich auch als Praktiker klar, dass diese Betreuungsplätze nicht nur in Neubauten geschaffen werden können. Wir müssen das Ganze daher flexibel gestalten. Wir müssen es praktikabel gestalten, und es wird auch nicht so sein, dass wir überall neue Schulbauten errichten, nur um dort auch eine Ganztagsbetreuung sicherstellen zu können. Dies kann ich aus eigener Erfahrung mit gutem Gewissen sagen. Von daher sind die von der Staatsregierung eingeschlagenen Wege wichtig: Sei es mit der Anerkennung der Mittagsbetreuung, aber eben auch mit der im Mai 2023 noch aktualisierten Regelung, dass nun auch Gebäude genutzt werden können, die nicht nur direkt in der Schule sind, sondern auch in der direkten Umgebung. Dies war sehr wichtig. Von daher darf ich festhalten, dass der Freistaat Bayern seine Kommunen unterstützt.

Ihnen, Frau Dr. Strohmayr, und Ihren Kolleginnen und Kollegen der Fraktion rufe ich zu: Kümmern Sie sich auf der Bundesebene darum, dass die Fristen verlängert werden, nicht wie beim Ausbausonderinvestitionsprogramm für die Kinderbetreuung. Denn jetzt ist die Frist nur bis zum 31.12.2027 gesteckt. Es ist klar, dass dies nicht zu halten ist. Die Länderkonferenz hat dazu einen 16 : 0-Beschluss gefasst und die Bun-

desministerin Paus aufgefordert, hier tätig zu werden. Bisher ist sie nicht tätig geworden. Hier liegt der Spielball also klar im Bereich der Ampel.

Ich bin auch überrascht davon, aber ich führe es nicht näher aus, dass Sie den Elternhäusern unterstellen, dass sie ein solches Angebot nicht bereitstellen können, dass Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten nur im Ganztage gegeben werden und nicht zu Hause. Ich glaube und ich hoffe nicht, dass dies Ihr Ernst ist und Sie einer Million Familien im Freistaat Bayern zurufen, dies nicht leisten zu können.

Ich sage Danke an diejenigen, die tagtäglich die qualitativ hochwertigen vorhandenen Angebote der Ganztagsbetreuung für unsere Kinder organisieren, durchführen oder dafür verantwortlich sind.

Der Freistaat zeigt, dass die vorgestellten Maßnahmen wirken, dass wir Partner der Kinder, der Eltern und der Kommunen sind. Von daher ist der Dringlichkeitsantrag der SPD abzulehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr vor.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Kollege, es ist schön, dass bei Ihnen alles so super läuft. Da freue ich mich natürlich. Ich finde es auch gut, dass jetzt endlich Maßnahmen eingeleitet wurden. Reichlich spät, kann man auch sagen. 2026 ist ja nicht mehr so weit.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich auch viel in Bayern herumkomme. Ich finde es schade, dass es nicht überall so perfekt und so hervorragend läuft wie bei Ihnen. Viele Bürgermeister – ich bin auch in vielen Fraktionen – klagen immer wieder über die wahnsinnige Bürokratie, dass sie nicht klar wissen, welchen Weg sie gehen sollen, dass über die vielen verschiedenen Angebote keine Aufklärung, keine Begleitung der Kommunen stattfindet. Da fehlt es einfach noch an ganz vielem.

Es ist schön, dass jetzt Maßnahmen ergriffen sind. Da gebe ich Ihnen recht. Reichlich spät! Wenn alles so perfekt läuft, frage ich mich auch, warum dann der Städtetag angemahnt hat, dass sich der Freistaat Bayern doch insbesondere im Bereich der Ganztagschulen mehr engagieren soll. Auch da gibt es ja noch erhebliches Nachholpotenzial. Das ist zum Beispiel in den Maßnahmen, die Sie vorgestellt haben, nicht drin. Zum Kooperativen Ganztag, worüber ich ja auch gesprochen habe, haben Sie leider auch nichts gesagt. Auch das fehlt also in den Maßnahmen. Die Stadt Nürnberg und die Stadt München

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): machen diesen Kooperativen Ganztag. Der läuft super. Schade, dass Sie ausgerechnet da anfangen zu sparen.

Björn Jungbauer (CSU): Wir sind ja eine Koalition. Deswegen haben wir die Kompetenzen auf viele Schultern verteilt. Zum Kooperativen Ganztag wird der Kollege Dr. Martin Brunnhuber etwas sagen.

Zu den anderen Bereichen: Ich kann Ihnen oder den Kolleginnen und Kollegen, die Sie offenbar ansprechen, nur zurufen, sich an die Regierungen zu wenden, sich an die Schulämter zu wenden. Dort gibt es Ansprechstellen, die unterstützen, die vor Ort kommen, die erklären, was unsere Maßnahmen bisher waren und vor allem auch, was unser Paket für die Zukunft vorsieht, das jetzt geschnürt wurde. Von daher ist mein Bild nicht deckungsgleich mit dem, was Sie zeichnen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Besuchen Sie uns, kommen Sie bei mir vorbei. Ich zeige Ihnen, wie es geht, und dann geht es weiter. Alles klar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo! – Lachen der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das muss heute leider sein!)

Nächster Redner ist der Kollege Markus Walbrunn.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Ministerinnen, meine Damen und Herren! Vorweg: Was hier vorliegt, ist ein substanzloser Schaufensterantrag der SPD zu einer komplexen Herausforderung, jedoch ohne eigene Lösung, den wir in Konsequenz auch ablehnen werden.

Die Antragsteller stellen zunächst korrekterweise fest, dass zum Schuljahr 2026/2027 die flächendeckende Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagesbetreuung von Grundschulern anlaufen soll, beginnend erst einmal mit den 1. Klassen. Ebenfalls zutreffend ist, dass an der fristgerechten Gewährleistung dieses Vorhabens gezweifelt wird, namentlich durch die Kommunen, den Städtetag – das haben wir gerade gehört – und auch durch die Verbände.

Es fehlt praktisch an allem, etwa an Räumen, an Ausstattung, an Personal und vor allem an Geld. Ausgedacht von Schwarz-Rot auf Bundesebene, ächzen unter den Herausforderungen nun die Kommunen als Träger der Grundschulen. Da hat sich die alte Bundesregierung weitgehend einen schlanken Fuß gemacht; denn die Finanzhilfen des Bundes kompensieren nur einen kleinen Teil der anfallenden Kosten und sind vor dem Hintergrund klammer kommunaler Kassen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Immerhin hat die Staatsregierung mittlerweile signalisiert, den Kommunen noch stärker unter die Arme greifen zu wollen. Das ist richtig. Ob es reicht, wird man sehen.

Was man definitiv schon jetzt sieht, ist, dass Ganztagesangebote auch in der bayerischen Bevölkerung gefragt sind. Das ist vor allem an der Verdoppelung von Ganztagschulgruppen seit 2018 auf inzwischen 8.100 erkennbar, aber auch daran, dass sich, wie wir eben gehört haben, mittlerweile rund 58 % der Grundschulkinder in der einen oder anderen Form der Nachmittagsbetreuung befinden.

Als AfD-Fraktion stehen wir dieser Entwicklung zugegebenermaßen zwiespältig gegenüber; denn einerseits begrüßen wir die Unterstützung von Familien und die Gewährleistung von Wahlfreiheit, für die natürlich erst einmal Ganztagesplätze vorhanden sein müssen. Andererseits brauchen wir uns nichts vorzumachen; denn neben Alleinerziehenden sind heutzutage die meisten Elternpaare aufgrund immenser Abgabenlasten und steigender Lebenshaltungskosten auf die Erwerbstätigkeit beider Partner angewiesen und schlicht gezwungen, ihre Kinder in die Ganztagsbetreuung zu geben. Das ist das Resultat Ihrer Politik, welche erst die finanziellen Belastungen unserer Bürger in die Höhe treibt, um sie schließlich in der wohligen warmen Umarmung eines immer weiter ausgreifenden Staatsapparats zu empfangen.

(Beifall bei der AfD)

Unserem Ideal einer freiheitlichen Gesellschaft entspricht das nicht. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der die Familie den Kern bildet und in der die Erziehung der Kinder immer noch primär bei den Eltern und nicht beim Staat liegt.

(Beifall bei der AfD)

Ich mache mir vor allem dann Sorgen, wenn die Kinder sehr viel Zeit in der Nähe von SPD-Lehrern herumlungern, wie wir vorhin gehört haben. Aber auch in Sachen der angeblich so geförderten Bildungsgerechtigkeit sind zumindest Zweifel angebracht. Nehmen wir nur mal Ihren Primus Baden-Württemberg, der, wie man der Antragsbegründung entnehmen kann, beim Ausbau der Ganztagsbetreuung oder zumindest beim Abgreifen von Fördermitteln eifrig vorangeht. Kein anderes Bundesland hat sich im Bildungsmonitor der INSM innerhalb der letzten Dekade derart verschlechtert wie

das grüne Musterlände. Ob da ein ursächlicher Zusammenhang zur Ganztagsbetreuung besteht, lasse ich dahingestellt. Aber eines darf nach über 70 Jahren Bildungspolitik in der Bundesrepublik ebenfalls als gesichert gelten: Dort, wo linke Bildungspolitik gemacht wird – egal, ob rot, grün oder mittlerweile auch CDU-schwarz –, geht es mit der Leistung bergab. Daher ist man zum Wohle unserer Kinder immer gut beraten, SPD-Anträgen nicht zu folgen. Dementsprechend lehnen wir auch diesen Dringlichkeitsantrag ab. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Brunnhuber.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Mich hat am meisten der Einstieg in die Antragsbegründung fasziniert: "Es mehren sich die Stimmen in der politischen Diskussion in Bayern [...]." Damit wir in die ganze Sache ein bisschen Substanz bringen, will ich ein paar Fakten nennen.

Fakt bei der Ausgangslage bezüglich des Rechtsanspruchs ist: Es stimmt, wir sind derzeit bei einer Betreuungsquote von 58 %. Nachfragen haben ergeben, dass mit einer Quote von 80 % gerechnet werden kann. Frau Dr. Strohmayer, Sie haben recht: Die Prognos-Studie strebt ein Ausbauziel von 130.000 an. Dem haben wir ins Auge gesehen. Da wollen wir hin. Wir sagen also: Ja, wir wollen eine gute Ganztagsbetreuung. Wir wollen einen starken Ganztags, und zwar für unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler.

Die Rechtslage ist eindeutig. Die Kommunen müssen eigentlich für die Betreuung sorgen. Aber wir unterstützen die Kommunen. Dazu ist eine Verbesserung des Landesförderprogramms geplant. Bisher wurden nur investive Maßnahmen in Höhe von 5.000 Euro gefördert. Jetzt kommt eine qualitative Komponente in Höhe von 1.500 Euro dazu. Somit stehen insgesamt für jeden Ganztagsplatz 7.500 Euro zur

Verfügung. Es erfolgt eine Vereinheitlichung der Platzpauschale, diese wird angehoben. Das war ein bisschen ein Kuddelmuddel. Diese Pauschale hat man von 4.500 Euro oder 6.000 Euro hochgezogen, je nachdem, ob es Plätze in einer Kindertageseinrichtung, im schulaufsichtlichen Bereich, im Kooperativen Ganztage oder in Heilpädagogischen Tagesstätten waren. Dafür gibt es jetzt also einheitlich 6.000 Euro. Das macht auch die Abrechnung und Antragstellung leichter.

Die Halbierung der Bagatellgrenze ist für die Kommunen sehr wichtig, vor allem für die Kommunen, die ihre Gebäude und Plätze nochmals ertüchtigen müssen. Die Bagatellgrenze ist von 100.000 Euro auf 50.000 Euro abgesenkt worden, was den Kommunen mehr Spielraum gibt und somit die volle Förderfähigkeit zusagt.

Sie haben gesagt, der Kooperative Ganztage sei abgeschafft worden. Das stimmt nicht. Mit dem Ministerratsbeschluss vom 11. September 2018 hat man einen Modellversuch mit 50 Standorten, also sogenannte Kombieinrichtungen, auf den Weg gebracht. Diese Kombieinrichtungen wurden nach fünf Jahren Modellversuchsphase evaluiert. Das machen wir im Bildungs- und auch im Sozialbereich sehr, sehr häufig. Die Evaluation hat ergeben: Ja, wir wollen diese Kombieinrichtungen, müssen aber die Förderung ein bisschen anpassen. Aber es soll Teil des Werkzeugkastens sein. Somit wollen wir den Kooperativen Ganztage neben dem offenen und gebundenen Ganztage sowie der Mittagsbetreuung mit aufnehmen. Es ist keine Deckelung zu erkennen. Somit wieder Faktencheck: ein Haken.

Im Rahmen des Ganztagepakets wurde, wie schon angesprochen, vom Kultusministerium vorgeschlagen, die Schulangebote von vier auf fünf Tage zu erhöhen. Der offene und gebundene Ganztage sowie die Mittagsbetreuung werden somit erweitert. Darüber hinaus haben Sie uns vorgeworfen, wir würden die Kommunen nicht unterstützen. Die Kommunen werden vom Kultusministerium bei der schwierigen Planung der Ferienbetreuung unterstützt. Das ist sehr, sehr wichtig. Da ist beim Thema Ganztage für einen Praktiker alles getan und alles gesagt.

Ihrem Dringlichkeitsantrag, in dessen Begründung es heißt, es mehrten sich die Stimmen in der politischen Diskussion in Bayern, kann so nicht zugestimmt werden. Deshalb, so viel Zeit muss sein: Ablehnung dieses Dringlichkeitsantrags von unserer Seite.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es gibt eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich möchte jetzt nochmals die Chance nutzen, um nachzufragen. Ich möchte Sie zunächst fragen: Haben Sie sich in München oder Nürnberg den Kooperativen Ganztage einmal angeschaut? Auch haben Sie davon gesprochen, dass jetzt die Finanzierung geringfügig angepasst werden sollte. Haben Sie schon einmal mit den Betroffenen gesprochen, was das heißt? Denn genau die Finanzierung im Modellprojekt hat dort den Ganztage qualitativ hochwertig gemacht. Genau diese qualitativ hochwertigen Angebote können nicht mehr gemacht werden, wenn die Finanzierung angepasst werden soll, wie Sie es ausdrücken. Das ist genau das, was wir kritisieren. Da wurden extra Gebäude hingestellt. Da wurden wunderbare Projekte und Konzepte erarbeitet. Diese können jetzt so nicht weiterlaufen, weil die Finanzierungen angepasst werden, wie Sie es genannt haben. Ich sage dagegen, dass der Ganztagebetrieb, wie er gut geplant war, einfach eingestellt wird.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Aber genau diese Frage von Ihnen zeigt mir, dass jetzt keine Substanz da ist. Sie sagen einfach nur: So kann es nicht weitergehen. Aber worum es genau geht, erzählen Sie mir nicht. Ich glaube, das war eine der Stimmen, die die Diskussion erschweren. Somit kann ich die Frage leider nicht beantworten, weil es keine gescheite Frage war.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Christian Zwanziger.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Dringlichkeitsantrag der SPD zur Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule können wir zustimmen. Wir teilen dieses Anliegen. Ich möchte trotzdem erklären, warum ich es wichtig finde, dass wir in dieser Diskussion endlich ein bisschen vorwärtskommen.

Wenn es nach mir geht, und wahrscheinlich geht es allen hier gleich, dann ist der Ganztagsplatz vom Kind her gedacht inklusiv, partizipativ und ein qualitativ gutes Angebot. Das können alle unterschreiben, und dafür erwarte ich Taten. Was mir in der Diskussion bisher zu kurz gekommen ist: Es geht darum, Kindern und Jugendlichen, später vielleicht auch jenseits des Rechtsanspruchs, ein gutes Angebot für die Persönlichkeitsentwicklung, für die Bildung, für die Entfaltung und für die Vorbereitung auf das Leben zu machen. Darum geht es für mich beim Thema Ganztags.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen noch einmal zu den Chancen. Ich verstehe nicht, dass Herr Jungbauer hier ein Szenario zeichnen will, dass man mit diesem Dringlichkeitsantrag Eltern unterstelle, sie könnten nicht erziehen, sie könnten nicht bilden, und dass ihnen die Kinder deshalb weggenommen würden. Das haben Sie gerade kritisiert. Das verstehe ich insofern nicht, weil alle Studien sagen, dass der Ganztagsplatz eine riesengroße Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit ist: Alle Kinder können sich in verschiedenen Bereichen entfalten, zum Beispiel musisch, indem sie ein Instrument kennenlernen. Der Ganztagsplatz bietet riesige Chancen.

Heißt das, dass sich alle Eltern für jedes Kind für einen Ganztagsplatz entscheiden müssen? – Nein, natürlich nicht; aber die Angebote, die wir schaffen, müssen doch so gut sein, dass man sich gerne und bewusst, ohne irgendwelche Bedenken, für den Ganztags entscheidet und sich nicht zwischen Karriere und Kind entscheiden muss.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen gilt: Qualitativ guter Ganztags ist kein Widerspruch dazu, dass Eltern eine gute Erziehungsarbeit leisten.

Zu den Zahlen: Herr Jungbauer, Sie haben Baden-Württemberg angesprochen und sich auf die Suche danach begeben, warum Bayern nur einen kleinen Teil von den Geldern des Bundes für den Ausbau des Ganztags abgerufen hat. Ich möchte einen Hinweis darauf geben, woran es liegen könnte: Die Förderrichtlinie ist im betreffenden Jahr in Bayern ziemlich spät veröffentlicht worden. Zu diesem Zeitpunkt waren Sie noch nicht im Landtag. Die Richtlinie wurde bereits im Juli veröffentlicht, weswegen deren Kenntnis für Sie schwierig sein dürfte. Die Zahlen, die Sie in Bezug auf Baden-Württemberg und Bayern benennen, stimmen nicht mit den Zahlen der Plattform Statista überein, die für das Jahr 2022 andere Zahlen ausweist. Diese Diskussion können wir aber auch im Ausschuss noch einmal führen.

Was ich sagen kann, ist: Die Elternverbände sind auf der Palme, die Kommunen, die selbst etwas tun könnten, sind auf der Palme, und auch der Städtetag sagt, dass wir etwas tun müssen. Der BLLV begrüßt es jetzt. Ich begrüße es auch, wenn das Thema Ganztags nicht zwischen zwei Ministerien wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeworfen wird.

Wenn die ganze Diskussion und die Stimmen der letzten Wochen und Monate, die laut dafür geworben haben, dazu führen, dass wir endlich beim Ganztags vorwärtskommen, dann begrüße ich das. Wenn es gestern der erste Schritt war, dann begrüße ich das auch. In Bezug auf die Debatten der vergangenen Jahre fehlt mir aber etwas der Glaube. Bitte beweisen Sie mir das Gegenteil.

Wir haben schon vor Jahren, als auf Bundesebene durch CDU/CSU und SPD der Rechtsanspruch für den Ganztags geschaffen wurde, gefordert, dass wir ein bayerisches Ausführungsgesetz schaffen. Trägerinnen und Träger sollten wissen, sie sollten

sich darauf verlassen können, dass wir nach diesen und jenen Spielregeln den Ganzttag in Bayern ausbauen werden.

Dieses Ausführungsgesetz haben wir hier wiederholt gefordert. Meine Kolleginnen und Kollegen haben es wiederholt gefordert. Das wurde immer abgelehnt. Jetzt stehen wir an dem Punkt, dass Trägerinnen und Träger sagen: Einerseits ist es zu wenig Geld bisher, andererseits wissen wir nicht, in welche Richtung der Ganzttag ausgebaut werden soll. Außerdem ist in zwei Jahren der Rechtsanspruch da. Es ist doch allen klar, dass ein solcher Zustand Probleme bereitet.

Da nützt es mir in meiner Heimatstadt nichts, wenn der Oberbürgermeister versucht, Zuversicht zu verbreiten, indem er sagt, dass alle ein Dach über dem Kopf haben werden. Als Eltern will man doch nicht hören, dass alle lediglich ein Dach über dem Kopf haben. Ich will hören, dass für alle Kinder und Eltern, die in Bayern darauf angewiesen sind, ein guter Ganzttag vorhanden ist. Statt weiter so zu tun, als ob hier heile Welt herrsche und wir keine Hausaufgaben zu machen hätten, müssen wir endlich vorwärtskommen.

Deswegen: Hören Sie auf, die Thematik Ganzttag wie eine heiße Kartoffel hin- und herzuwerfen, und bauen Sie endlich den Ganzttag für alle Kinder und Eltern, die darauf angewiesen sind, aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 58 % unserer Grundschul Kinder sind bereits jetzt in einer Nachmittagsbetreuung und nutzen den Ganzttag. Das ist die Mittagsbetreuung, das ist der Hort, das ist der schulische Ganzttag, offen und gebunden.

Liebe SPD, in der gestrigen Pressemitteilung von einem Ganztagsdebakel zu sprechen, ist wirklich ein Affront gegenüber den vielen Beschäftigten, gegenüber Tausenden von Menschen, die sich tagtäglich darum kümmern, dass unsere Kinder eine gute Bildung und Erziehung genießen. Ich finde das unerträglich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Man könnte aber vielleicht auch feststellen, dass die SPD zum Debakel eine besondere Affinität hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kinderbetreuung ist mir ein Herzensanliegen und hat oberste Priorität im Ministerium. Sie muss für jeden Bedarf in hoher Qualität vorhanden und vor allen Dingen verlässlich sein. Wir wissen, dass ab dem Jahr 2026 der Rechtsanspruch für die ganztägige Betreuung unserer Kinder im Grundschulalter stufenweise in Kraft tritt. Um diesen umzusetzen, steht die Staatsregierung fest an der Seite der Familien, aber auch der Kommunen in Bayern. Beim Ausbau der Plätze werden die Kommunen jetzt noch intensiver unterstützt.

Ich habe es vorher schon erwähnt: 58 % unserer Grundschulkinder sind bereits in einer Nachmittagsbetreuung. Wir wissen aber auch: Das reicht nicht. Es gibt ein klares Ziel im Koalitionsvertrag. Wir brauchen 130.000 Plätze mehr. Es fehlen einfach noch Plätze, bis jede Mutter, bis jeder Vater sagen kann: Wenn ich mehr arbeiten will, wenn ich Beruf und Familie vereinbaren möchte, dann kann ich das auch. Eltern müssen darauf vertrauen können, dass Kinder mit hoher Qualität betreut werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Anna Stolz und ich haben ein Gesamtpaket auf den Weg gebracht und haben diese wichtigen Entscheidungen getroffen. Wir zünden damit noch einmal einen Turbo in Bezug auf das Landesförderprogramm. Wir fördern noch besser bei den Bau- und Betriebskosten. Ganz neu fördern wir jetzt auch bei der Ausstattung. Das sind wichtige Meilenstei-

ne bei der Kinderbetreuung. Jetzt gilt es, für die Zukunft unserer Kinder, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die besten Chancen unserer Kinder und für die Integration den Ganzttag umzusetzen.

Liebe Frau Kollegin Strohmayer, Sie müssten wirklich die Dinge genau lesen. Sie haben noch einmal den Kooperativen Ganzttag angesprochen. Wir führen dieses Modell des Kooperativen Ganztags weiter, so wie es die beiden Kollegen von FREI-EN WÄHLERN und CSU bereits erwähnt haben. Sie müssen genauer lesen. Die Kombination aus Schule und Hort hat sich in diesem Modellversuch bewährt. Wir halten fest an den Kombieinrichtungen, und wir fördern diese genauso wie die anderen Einrichtungen.

Ich war persönlich an der Gretel-Bergmann-Schule bzw. habe ich mich vor Ort mit den Betroffenen unterhalten. Wir haben für alle Kombieinrichtungen eine Lösung gefunden. Ich kann Ihnen ein Beispiel nennen: die Innovative Projektschule – IPS –, Standort München. Die kommenden Erstklässler, die ab September 2024 in die Schule kommen, werden bis zum Ende ihrer Grundschulzeit in diesem Modell bleiben. Die Vereinbarungen werden jetzt sukzessive umgesetzt. Es geht weiter mit dem Kooperativen Ganzttag. Dahinter können Sie einen Haken machen und dies von Ihrer Liste streichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Förderkonditionen im Einzelnen haben wir heute schon mehrfach gehört. Ich will nur noch einmal ganz kurz zusammenfassen: Mir ist wichtig, dass wir die Ausstattungspauschale in Höhe von 1.500 Euro auf den Weg bringen; denn schöne Möbel, eine gute Ausstattung, eine einladende Küche sind wichtig für die Betreuung unserer Kinder. Wir haben die Platzpauschale für alle Ausbauformen mit 6.000 Euro vereinheitlicht. Das ist im Übrigen auch ein großer Vorteil, wenn es darum geht, während einer Laufzeit einmal von der Mittagsbetreuung in den Hort zu wechseln. So gibt es nachträglich keine Probleme. Dieser Förderbetrag gilt auch für die Plätze unter Schulaufsicht oder die Kombieinrichtungen.

Was noch nicht gesagt wurde: Zu dieser Platzpauschale von 6.000 Euro, zu dieser Ausstattungspauschale von 1.500 Euro kommt on top noch die reguläre Förderung nach dem FAG und nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz. Ich bitte, das alles zusammenzurechnen. In Bezug auf die Umbauten beim Hort werden wir die Bagatellgrenze von 100.000 auf 50.000 Euro halbieren. Das ist wichtig; denn kleinere Maßnahmen sollen auch mitgefördert werden. Ein zusätzliches Programm können wir mit unserem Landesförderprogramm auch noch kombinieren, nämlich die Holzbauförderung. Somit gilt, dass beides nebeneinander möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem von der SPD, dieser Dringlichkeitsantrag ist vollkommen überflüssig. Ich schaue heute in die Presse, ich weiß, dass das Bundeskabinett in die Sommerpause geht, und ich muss eine Nachricht lesen, die da heißt: Die Koalition geht in die Sommerpause und vergisst die Kinder. Ein Bündnis aus 20 Verbänden sowie 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist erschüttert, dass sich die Bundesregierung zu keiner echten Kindergrundsicherung für arme Kinder durchringen konnte. Darauf könnten Sie Ihre Kraft verwenden und auf die Bundesregierung einwirken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es heißt, jetzt gemeinsam anzupacken

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

für die besten Chancen, für Integration, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Zukunft unserer Kinder. Wir brauchen diesen Dringlichkeitsantrag nicht und können ihn gut und gerne ablehnen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayer, bitte.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich möchte noch einmal wiederholen: Natürlich ist es gut, dass Sie endlich Maßnahmen und Entscheidungen getroffen haben, wenn auch

reichlich spät. Das habe ich vorhin schon gesagt. 2026 steht vor der Tür. Wenn die Gebäude, die wir dafür brauchen, jetzt noch nicht einmal in der Planung sind, dann ist das reichlich spät. Aber immerhin haben Sie es jetzt gemacht. Das möchte ich nicht negativ konnotieren. Es ist nur schade, dass uns die Bundesmittel durch die Lappen gehen. Da geht Bayern einfach viel Geld verloren.

(Thomas Huber (CSU): So ein Krampf!)

Das hätten wir effektiver machen können. Sie haben sich leider anders entschieden. Da Sie eben die Kindergrundsicherung angesprochen haben, möchte ich Folgendes dazu sagen: Es wäre umso wichtiger gewesen, einen guten Ganzttag zu machen, damit unsere Kinder gut aufgestellt sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir haben doch einen guten Ganzttag!)

Der Kooperative Ganzttag ist eine Möglichkeit, die Kinder gut im Ganzttag unterzubringen.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Den machen wir ja weiter.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): – Ja, Sie machen ihn weiter. Aber Sie machen ihn mit den gleichen Mitteln weiter, die die anderen Einrichtungen auch haben. Das ist ein Unterschied. Bisher haben die Einrichtungen die Modellförderung erhalten. Damit konnte der Vormittag gut mit dem Nachmittag verknüpft werden, und dadurch ist der gute Ganzttag entstanden. Die Hortleiterin konnte in die Schule gehen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie auf die Redezeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Man konnte absprechen, welche Hausaufgaben gemacht werden sollen und vieles mehr.

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

Frau Ministerin, Sie wissen, was ich meine. Überlegen Sie einfach noch einmal.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ich weiß nicht, was es nicht zu verstehen gibt. Das Modell hat sich bewährt, und wir werden es weiterführen. Es gibt jetzt Übergangslösungen, und wir nehmen das Modell in die reguläre Förderung auf. Ich biete Ihnen einfach an, kommen Sie ins Ministerium, dann klären wir das noch einmal genau.

Frau Strohmayr, ich möchte noch Folgendes zu den Mitteln sagen: Wir haben auf Bayerns Antrag hin mit allen Ländern einen einheitlichen Beschluss gefasst – 16 : 0 –, dass die Fristen für die Bundesmittel – es handelt sich um 461 Millionen Euro, die Bayern zur Verfügung stehen – verlängert werden müssen. Die Zeit ist tatsächlich knapp. Im Übrigen haben bisher nicht alle Länder ein Landesfinanzierungsprogramm aufgestellt. Wir sind mit die Ersten, die schon im letzten Jahr am Start waren.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Aber es geht jetzt darum, dass wir diese Fristen verlängert bekommen. Ich bitte, die ganze Energie, die vom Debakeln ausgeht, nach Berlin zu richten und sich dafür einzusetzen, dass wir mehr Zeit bekommen. Das sehen nicht nur wir in Bayern so, sondern auch alle anderen Länder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Zwanziger vor.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe zwei Punkte: Erstens. Ich möchte Sie gerne nach Erlangen einladen. Sie haben erwähnt, dass der Kooperative Ganztag unter anderen Konditionen weiterlaufen würde. Die Michael-Poeschke-Grundschule in Erlangen weiß davon noch nichts. Ich bin gespannt, ob das Programm weiterlaufen wird. Die Grundschule steht nämlich gerade vor einem Scherbenhaufen, da sie das nächste Schuljahr nicht planen kann.

Zweitens. Sie haben in Ihrer Rede, wenn ich richtig aufgepasst habe, immer von Betreuung gesprochen. Deswegen meine konkrete Frage: Welche Rolle spielt Bildung bei Ihnen im Ganztag?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Zwanziger, die Frage mit der Bildung ist fast lächerlich. In den Kitas gibt es mit der frühkindlichen Bildung einen klaren Auftrag. Es gibt einen Bildungs- und Erziehungsplan. Es ist vollkommen klar – das muss man nicht eigens erwähnen –, dass es bei der Betreuung auch gilt, die Chance zu nutzen, gerade für Kinder mit Migrationshintergrund oder für Kinder, die einer besonderen Betreuung bedürfen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Zeit und die damit verbundenen Bildungschancen nutzen.

Zum anderen Aspekt: Vielen Dank für Ihre Einladung. Ich kenne alle 50 Kooperationsmodelle, aber ich schaue mir Ihren Fall noch einmal konkret an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wie angekündigt, führen wir diese in namentlicher Form und elektronisch durch. Für die Abstimmung stehen Ihnen drei Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung beginnt jetzt. –

(Zurufe von der CSU: Die Anzeige funktioniert nicht! – Unruhe)

Moment, offensichtlich wird im System falsch in englischer Sprache angezeigt. Meines Erachtens würden wir trotzdem versuchen, die Abstimmung durchzuführen. Wer mit Nein stimmen möchte, bitte auf Rot drücken.

(Unruhe)

Die Anzeige zeigt bei mir in der gelben Farbe "No" an. Das ist falsch. Ich bitte, wer mit Nein stimmen möchte, der soll auf den rot gekennzeichneten Knopf, auf dem Enthaltung steht, drücken. Wer zustimmen möchte, der soll auf den grünen Knopf drücken.

(Unruhe)

Ich bitte Sie, sich an den Farben zu orientieren, nicht am Text.

(Unruhe)

Das System bestätigt nach der Abstimmung auf Deutsch, ob man Nein oder Ja gestimmt hat. Man kann, wenn man lesen möchte, auch nach der Abstimmung verifizieren, ob man so abgestimmt hat, wie man es wollte.

(Unruhe)

Die Technik bittet uns dennoch, die Abstimmung abubrechen und sie zu späterer Zeit zu wiederholen. Dann stellen wir diese Abstimmung zurück.

(...)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir kommen zurück zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2656 und wiederholen die namentliche Abstimmung in elektronischer Form. Die Abstimmung ist eröffnet. Drei Minuten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule si-

chern", Drucksache 19/2656. Mit Ja gestimmt haben 34, Nein-Stimmen 124, 0 Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.07.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml er u. a. und Fraktion SPD; Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule sichern (Drucksache 19/2656)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin				Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann			
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina			
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes				Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian		X		Glauber Thorsten			
Birzele Andreas				Goller Mia	X		
Blume Markus		X		Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian				Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus	X			Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel			
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia			
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	34	124	0